

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten

dv.voelkerrecht@eda.admin.ch

26. November 2025

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)" (24.092); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit, sich zum Gegenentwurf des Ständerats vom 19. Juni 2025 zur Volksinitiative "Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)" vom 11. April 2024 äussern zu dürfen.

Der Volksinitiative, die eine starke Einschränkung der schweizerischen Neutralität fordert, steht der Regierungsrat ablehnend gegenüber. Er erachtet es als unabdingbar, dass sich die Schweiz weiterhin beispielsweise an Sanktionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der Europäischen Union (EU) gegen kriegsführende Staaten und deren Machthaber anschliessen kann. Auch eine Zusammenarbeit mit der North Atlantic Treaty Organization (NATO), beispielsweise in der Ausbildung von Fachpersonal zur Abwehr von Cyberangriffen, könnte bei Annahme der Volksinitiative kaum mehr wahrgenommen werden. Die Schweiz würde sich isolieren und gleichzeitig massiv in ihrer Verteidigungsfähigkeit schwächen.

Auch der vorliegende Gegenentwurf will den Zweck der schweizerischen Neutralität in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft verankern. Absatz 1 entspricht dem Wortlaut von Absatz 1 des Initiativtexts. Somit würde die Neutralität der Schweiz anstelle eines Instruments der Aussen- und Sicherheitspolitik neu als Grundsatz der Aussenpolitik festgeschrieben. Absatz 2 ist an Absatz 4 des Initiativtexts angelehnt mit gewissen Anpassungen. Indem aber Absatz 2 des Gegenentwurfs vorsieht, dass der Bund die Neutralität dazu nutzen müsse, um Konflikte zu verhindern oder zur Lösung von Konflikten beizutragen, würden der Zweck der Neutralität dennoch viel stärker qualifiziert und die bisher bestehende Flexibilität eingeschränkt.

Der Regierungsrat spricht sich wie der Bundesrat für die unveränderte Weiterführung der bewährten 175-jährigen Neutralitätspraxis aus. Deswegen lehnt er die Volksinitiative und auch den Gegenentwurf ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dieter Egli
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin